



Rathaus Umschau

Dienstag, 7. November 2017

Ausgabe 210

ru.muenchen.de

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	4
› Projekte des Jugendsonderprogramms werden weiter gefördert	4
› ReFIT qualifiziert Flüchtlinge und Migranten für IT-Jobs	4
› Unterkunft an der Nailastraße bezugsfertig	5
› Arbeitslosenzahlen im Oktober	6
› Kleinräumige Erwerbstätigenprognose für München veröffentlicht	7
› Uhrmacherhäusl Giesing: Sicherung der Bauteile und weitere Schritte	7
› Schulzentrum an der Nordhaide: Reparaturarbeiten in der Sporthalle	8
› Info-Point zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements	8
› Lesekurs „Sütterlin“ im Stadtarchiv	9
› „Buch der Erinnerung“: Bayerns Fußball gedenkt der NS-Opfer	9
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 25	10
› Vortrag über Energiekonzepte für Ein- und Mehrfamilienhäuser	11
› Lichtinstallation von Benjamin Bergmann in der Artothek	11
Antworten auf Stadtratsanfragen	13
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	



Terminhinweise für Medien

Wiederholung

**Mittwoch, 8. November, 9.30 Uhr,
Alte Kongresshalle, Theresienhöhe 15**

Das Bevölkerungswachstum stellt die Landeshauptstadt München vor große Herausforderungen. Mit welchen Strategien kann man diesem Wachstum gerecht werden? Mit welchen Instrumenten kann der Bau neuer, qualitätvoller und bezahlbarer Wohnungen forciert werden?

Auf dem zweiten Zukunftskongress Langfristige Siedlungsentwicklung stellt Stadtbaurätin Professorin Dr.(l) Elisabeth Merk mögliche Wachstumsstrategien vor. Fünf Jahre nach dem ersten Zukunftskongress zur Langfristigen Siedlungsentwicklung sollen die bisherigen Erfahrungen und Projekte im Austausch mit anderen Städten sowie mit Expertinnen und Experten diskutiert und weiterentwickelt werden.

Achtung Redaktionen: Um Anmeldung wird gebeten unter <http://bit.ly/2znVqCS>. Weitere Informationen und das detaillierte Programm unter www.muenchen.de/lasie.

Wiederholung

Mittwoch, 8. November, 10 Uhr, Marienplatz

Der Christbaum für den Christkindlmarkt kommt in diesem Jahr aus der oberbayerischen Stadt Burghausen. Der Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Bürgermeister Josef Schmid, und der 1. Bürgermeister der Stadt Burghausen, Hans Steindl, präsentieren den Baum, der zuvor von der städtischen Berufsfeuerwehr aufgestellt wurde.

Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung

**Mittwoch, 8. November, 12.15 Uhr,
Elise-Aulinger-Brunnen auf dem Viktualienmarkt**

Stadtrat Hans Podiuk (CSU-Fraktion) eröffnet in Vertretung des Oberbürgermeisters zusammen mit Kommunalreferent Axel Markwardt und Helmut Brunner, Bayerischer Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, die Aktion „Bayern Brand am Viktualienmarkt“. Bis 11. November können sich die Besucher des Viktualienmarkts täglich von 11 bis 18 Uhr von der Hochwertigkeit bayerischer Edelbrände überzeugen. An zehn Aktionsständen stellen sich einige der besten Brenner Bayerns vor und machen die Kunst des Brennens durch Seminare, Schaubrennen und Verkostungen erlebbar.



Die Aktionstage finden im Rahmen des Jubiläums „210 Jahre Viktualienmarkt“ statt und werden von den Markthallen München in Kooperation mit dem Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten veranstaltet.

Wiederholung

Mittwoch, 8. November, 13 Uhr,

Saal des Kreisverwaltungsreferats, Ruppertstraße 11

Stadtrat Sebastian Schall (CSU-Fraktion), in Vertretung des Oberbürgermeisters, und Andreas Mickisch, Stellvertreter des Kreisverwaltungsreferenten, begrüßen die Gäste der 25. Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Versicherungsämter.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 14. November, 19 Uhr, Gaststätte „Hofbräuhaus“, Erkerbar, Am Platzl 9 (nicht rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 1 (Altstadt – Lehel).

Dienstag, 14. November, 18 bis 19 Uhr,

Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a (rollstuhlgerecht)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

Dienstag, 14. November, 19.30 Uhr,

Ledigenheim, Bergmannstraße 35 (nicht rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 8 (Schwanthalerhöhe). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit der Vorsitzenden Sibylle Stöhr statt.

Dienstag, 14. November, 19.30 Uhr, Veranstaltungsraum von wagnisART, Domagkpark, Fritz-Winter-Straße 10 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 12 (Schwabing – Freimann).

Dienstag, 14. November, 19.30 Uhr,

Saal des Gehörlosenzentrums, Lohengrinstraße 11 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 13 (Bogenhausen). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** statt.



Dienstag, 14. November, 19.30 Uhr, Stadtteilkulturzentrum Giesinger Bahnhof, „Gepäckhalle“, Giesinger Bahnhofplatz 1 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 17 (Obergiesing – Fasangarten).

Dienstag, 14. November, 19 Uhr, Stadtbibliothek, Pfarrer-Grimm-Straße 1 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 23 (Allach – Untermenzing). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit der Vorsitzenden Heike Kainz statt.

Dienstag, 14. November, 19 Uhr, Kulturzentrum 2411, 3. Stock, Blodigstraße 4 (rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 24 (Feldmoching – Hasenberg). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit dem Vorsitzenden Markus Auerbach statt.

Meldungen

Projekte des Jugendsonderprogramms werden weiter gefördert

(7.11.2017) Der Münchner Stadtrat hat heute die Weiterförderung bewährter Projekte des Münchner Jugendsonderprogramms bis Ende 2019 beschlossen. Mit den Projekten azuro - Ausbildungszukunftsbüro, Jobmentoring, pass(t)genau, Servicestelle Berufsbezogene Jugendarbeit und task force 4 werden Jugendliche tatkräftig auf ihrem Weg von der Schule in die Ausbildung unterstützt, sei es bei der Vorbereitung zur Abschlussprüfung, der Suche nach Lehrstellen oder bei eventuell auftretenden Problemen während ihrer Lehre.

Weiterhin wird das Projekt pass(t)genau für Flüchtlinge bis 2020 gefördert und ab Januar 2018 ausgeweitet. Dem Projekt stehen künftig 75 Plätze zur Verfügung, um jugendliche Flüchtlinge bei der Berufsausbildung zu unterstützen. Das Projekt wurde bereits Anfang 2017 aufgrund steigender Nachfrage von 25 auf 50 Plätze ausgeweitet.

Alle Projekte des Jugendsonderprogramms werden durch das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) unterstützt.

Informationen im Internet unter www.muenchen.de/mbq

ReFIT qualifiziert Flüchtlinge und Migranten für IT-Jobs

(7.11.2017) Der Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft hat jetzt dem Projekt „ReFIT – Rekrutieren und Qualifizieren von Flüchtlingen und Migranten mit IT-Potenzialen“ zugestimmt. Dieses Projekt des Münchner Beschäftigungs-

und Qualifizierungsprogramms (MBQ) richtet sich an IT-Interessierte und -talentierte Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund. Sie sollen für IT-Jobs in Unternehmen fit gemacht werden. Das Projekt startet am 1. Dezember und läuft bis 30. November 2019.

Träger des Projektes ist die „ReDI-School“, ein gemeinnütziges, innovatives Sozialunternehmen aus Berlin, das mit seinem Ansatz international Furore gemacht hat und nun auch in München tätig werden soll. Der ReDI-Lehrplan beinhaltet projektorientierte Kurse von Technikern sowie ein umfassendes Programm mit Mentoren und Unterstützung aus der Industrie. Zielgruppen für das Projekt sind Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit hoher Bleibeperspektive sowie Personen mit Migrationshintergrund, die einen Einstieg in den Arbeitsmarkt im IT-Sektor oder in IT-affinen Arbeitsfeldern anstreben. Geeignet sind Personen mit einem mittleren bis hohen Bildungsniveau und solche, die ein Studium begonnen oder absolviert haben (Fachrichtungen Elektrotechnik, Informatik, Kommunikationstechnik) oder ähnliche Erfahrungen über eine Ausbildung mitbringen.

Informationen im Internet unter www.muenchen.de/mbq

Unterkunft an der Nailastraße bezugsfertig

(7.11.2017) Das Sozialreferat beginnt in dieser Woche mit den Vorbereitungen für eine Belegung der Unterkunft an der Nailastraße. Bereits in wenigen Wochen werden dort alleinerziehende Mütter mit ihren Kindern mit Fuchthintergrund einziehen.

Der Stadtrat hatte mit Beschluss vom 28. Juni die Betriebsvergabe der Unterkunft an der Nailastraße zur Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen an den einzigen Bewerber im Trägersauswahlverfahren entschieden. Die Verhandlungen zwischen dem Bewerber und dem Sozialreferat waren am 6. Oktober jedoch endgültig gescheitert. Wesentlicher Grund war das vom Bewerber als zu hoch erachtete wirtschaftliche Risiko bei den vorgegebenen Rahmenvorgaben insbesondere vor dem Hintergrund der schwer zu prognostizierenden Ankunfts zahlen von unbegleiteten Minderjährigen. Diese sind innerhalb der letzten drei Monate wider Erwarten sehr stark rückläufig gewesen.

Das Sozialreferat hat daraufhin seit dem 6. Oktober mit Hochdruck daran gearbeitet, eine Alternativbelegung für die Liegenschaft zu realisieren und damit sicherzustellen, dass diese hochwertige Unterkunft möglichst zeitnah belegt und sinnvoll genutzt wird.

In Kürze ziehen nun die Bewohnerinnen der Unterkunft an der Rosenheimer Straße 192 in die Unterkunft an der Nailastraße um. Das Sozialreferat hat mit dem Träger der Unterkunft an der Rosenheimer Straße eine Vereinbarung getroffen, wonach die dort lebenden alleinerziehenden Mütter mit

ihren Kindern mit Fluchthintergrund in die neu errichtete Unterkunft an der Nailastraße wechseln können. Bereits in zwei bis drei Wochen beginnt der Umzug. Die Bewohnerinnen erhalten auf diese Weise wesentlich bessere Wohnbedingungen, die auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet sind. Bisher standen für diese nur Schlafsäle und keine Außenflächen zur Verfügung. Nur mit dem direkten Umzug eines laufenden Betriebs kann ein erneutes langwieriges Ausschreibungsverfahren vermieden werden.

Arbeitslosenzahlen im Oktober

(7.11.2017) Die gute Entwicklung auf dem Münchner Arbeitsmarkt hält weiter an. So ist die Zahl der Arbeitslosen im **Bezirk der Agentur für Arbeit München** im Oktober weiter gesunken. 38.680 Personen waren arbeitslos, 1.122 weniger als im Vormonat. Die Arbeitslosenquote (alle Erwerbspersonen) betrug 3,7 Prozent (September 3,9 Prozent).

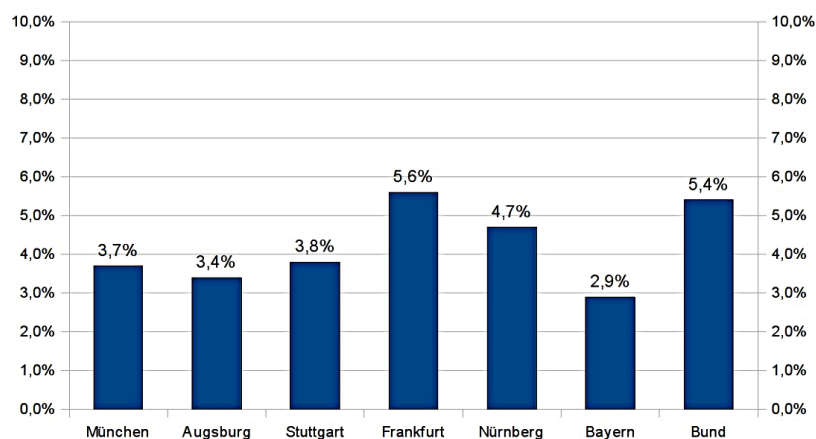
Bayern:

Aktuell ist die Zahl der Arbeitslosen um 12.192 auf insgesamt 208.870 gesunken. Die Arbeitslosenquote reduzierte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 2,9 Prozent (September 3,0 Prozent). Damit ist die Arbeitslosenquote so niedrig wie nie zuvor.

Bund:

Infolge der starken Herbstbelebung hat sich die Zahl der Arbeitslosen verringert. Die Arbeitslosigkeit sank um rund 60.000 auf 2,389 Millionen. In Westdeutschland waren 1,797 Millionen (5,0 Prozent), in Ostdeutschland 591.906 Personen (7,0 Prozent) arbeitslos. Die Arbeitslosenquote verminderte sich auf 5,4 Prozent (September 5,5 Prozent).

Arbeitslosenquote in deutschen Städten Oktober 2017 (Agenturbezirke)



Kleinräumige Erwerbstätigenprognose für München veröffentlicht

(7.11.2017) Im aktuell erschienenen Bericht „Erwerbstätige in München“ des Referats für Stadtplanung und Bauordnung werden erstmalig Ergebnisse der Erwerbstätigenprognose für die einzelnen Stadtbezirke vorgestellt. Ergänzt werden die Prognoseergebnisse um Analysen zur aktuellen Verteilung der Erwerbstätigen im Stadtgebiet und eine Zusammenfassung der städtischen und regionalen Erwerbstätigenprognose.

Der Bericht ist unter <http://bit.ly/2j740lm> abrufbar.

Die Prognose zeigt, dass sich die erwartete Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um rund 180.000 bis zum Jahr 2030 auf alle Stadtbezirke verteilen wird, wenn auch nicht in gleichem Maße. Der Prognose zufolge kommen in den Stadtbezirken Schwabing – Freimann (+17.000), Altstadt – Lehel (+13.000) und Neuhausen – Nymphenburg (+12.000) besonders viele Erwerbstätige hinzu. Hinsichtlich der relativen Entwicklung wird mit einem Plus von 79 Prozent für Aubing – Lochhausen – Langwied das stärkste, mit 2 Prozent für Allach – Untermenzing dagegen das niedrigste Wachstum prognostiziert.

Uhrmacherhäusl Giesing: Sicherung der Bauteile und weitere Schritte

(7.11.2017) Am 1. September wurde das unter Denkmalschutz stehende Anwesen Obere Grasstraße 1 – das so genannte Uhrmacherhäusl in Giesing – trotz einer am Vortag erlassenen Baueinstellungsverfügung abgerissen. In Abstimmung mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege hat die Untere Denkmalschutzbehörde des Referats für Stadtplanung und Bauordnung daraufhin als Sofortmaßnahme eine Verfügung zur Sicherung des verbliebenen Baumaterials erlassen. Nun hat die städtische Denkmalschutzbehörde die geordnete Räumung des Abbruchmaterials unter Aufsicht von Fachleuten des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege angeordnet, um ein exaktes Schadensbild und Aufschluss über die historischen Kelleranlagen zu erhalten. Diese Räumung soll am Donnerstag, 9. November, erfolgen.

Zugleich sollen umfangreiche Sicherungsmaßnahmen hinsichtlich der Restmauern und der angrenzenden Gebäude erfolgen. Oberbürgermeister Dieter Reiter sichert der angrenzenden Nachbarschaft hierbei volle Unterstützung durch die Verwaltung der Landeshauptstadt München zu.

Ein Verwaltungsverfahren mit dem Ziel eines ensemblegerechten Ersatzbaus in ursprünglicher Kubatur und Form des abgebrochenen Gebäudes ist bereits eingeleitet, ebenso ein Bußgeldverfahren mit Anhörungen der Beteiligten. Weitere Abstimmungen mit dem Polizeipräsidium und der Staatsanwaltschaft laufen.

Schulzentrum an der Nordhaide: Reparaturarbeiten in der Sporthalle

(7.11.2017) Die Sporthalle im Beruflichen Schulzentrum an der Nordhaide kann bis Ende November nicht genutzt werden. Im laufenden Betrieb hatten sich Schrauben an einem Prallwand-Element gelöst. Während der Herbstferien wurden auch Halterungen der übrigen Konstruktion überprüft. Dabei wurde festgestellt, dass weitere Schrauben gebrochen sind. Die Mängel wurden erst nach erfolgter Abnahme der Firmenleistung offensichtlich und müssen im Rahmen der Gewährleistung durch die beauftragte Firma behoben werden.

Um den Betrieb so rasch wie möglich wieder aufnehmen zu können, werden jetzt als Interimslösung alle zirka 30 mal 200 Zentimeter großen Holzplatten mit zusätzlichen Schrauben gesichert. Da es sich um mehrere hundert Platten handelt, dauert dies etwa zwei bis drei Wochen. In den nächsten Sommerferien werden dann die Unterkonstruktion und die Platten komplett neu installiert. Bei einem Ortstermin wurde heute die Schulleitung über den Sachstand informiert und die notwendigen Maßnahmen für die Reparatur wurden erläutert.

Info-Point zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements

(7.11.2017) Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, sich über die Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements zu informieren, und zwar beim Info-Point „Engagiert leben in München“ am Montag, 13. November, von 11 bis 18 Uhr, in der Stadt-Information im Rathaus.

Vormittags und nachmittags stellen sich jeweils zwei Organisationen beziehungsweise Initiativen vor:

Von 11 bis 14.30 Uhr:

- Das Münchner Bildungswerk bietet mit seinem Programm „Meine-Deine-EineWelt“ Workshops und Vorträge für Aktive und Interessierte in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit an. Für Helferkreise werden unter dem Motto „Gemeinsam angepackt“ kostenfreie Fortbildungen nach individuellen Bedürfnissen direkt vor Ort organisiert.

Kontakt: Martina Gubricka, Telefon 54 58 05-32 (nur mittwochs), per E-Mail an mgubricka@muenchner-bildungswerk.de

- MISEREOR setzt sich für Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung ein. Mit Entwicklungsprojekten in Afrika, Asien und Lateinamerika werden Menschen unterstützt, den Herausforderungen in einer globalisierten Welt zu begegnen.

Kontakt: Margot Rodriguez, Telefon 59 82 79, per E-Mail an margot.rodriguez@gmx.de

Von 14.30 bis 18 Uhr:

- Der Verein „Münchner Freiwillige – Wir helfen“ hat es sich zum Ziel gesetzt, bürgerschaftliches Engagement in der Flüchtlingshilfe zu fördern

sowie im Krisenfall kompetent und zuverlässig zu helfen. Initiativen, Helferkreise sowie engagierte Münchnerinnen und Münchner werden administrativ, finanziell und beratend unterstützt. Neben den Hilfestellungen für Ehrenamtliche werden eigene Integrationsprojekte verwirklicht.

Kontakt: Asya Unger, Telefon 76 77 28 10, per E-Mail an asya.unger@muenchner-freiwillige.de

- IN VIA Migration bietet die Möglichkeit eines ehrenamtlichen Engagements im Bildungsbereich als Lerntutorin beziehungsweise Lerntutor für die 6. bis 10. Jahrgangsstufe oder für Auszubildende, im Freizeitbereich als Begleitung bei diversen Angeboten und im Beratungsbereich als Begleitung bei Behörden, als Helfer bei der Wohnungssuche oder beim Erstellen von Bewerbungen.

Kontakt: Alice Goldbergova, Telefon 5 48 88 95-10, per E-Mail an ehrenamt@invia-muenchen.de

Die Termine der Info-Points 2018 sind der 16. April, 15. Oktober und 12. November.

Lesekurs „Sütterlin“ im Stadtarchiv

(7.11.2017) Am Mittwoch, 8., und Mittwoch, 15. November, jeweils 18.30 Uhr, gibt Matthias Röth im Stadtarchiv München, Winzererstraße 68, am Beispiel ausgewählter Quellentexte eine Einführung in das Lesen der deutschen Schreibrift „Sütterlin“. Eine telefonische Anmeldung unter der Nummer 2 33-03 08 ist erforderlich.

„Buch der Erinnerung“: Bayerns Fußball gedenkt der NS-Opfer

(7.11.2017) Am Donnerstag, 9. November, 11 Uhr, stellt Reinhold Baier, Vizepräsident des Bayerischen Fußball-Verbands (BFV), das „Buch der Erinnerung“ des Bayerischen Fußballs in der Evangelischen Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau vor. Der BFV hat gemeinsam mit der Initiative „!Nie Wieder – Erinnerungstag im deutschen Fußball“ und in Kooperation mit dem Stadtarchiv München und der FC Bayern Erlebniswelt ein virtuelles Gedenkbuchprojekt für die in der Zeit des Nationalsozialismus ausgeschlossenen, vertriebenen und ermordeten Mitglieder ins Leben gerufen. Auf der Veranstaltung werden die ersten vier Biografien der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Veranstaltung beschließt eine Gesprächsrunde mit Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern.



Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 25

(7.11.2017) Oberbürgermeister Dieter Reiter teilt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 25 (Laim) mit, dass die Bürgerversammlung des 25. Stadtbezirkes am Dienstag, 21. November, 19 Uhr, in der Turnhalle der Georg-Büchner-Realschule, Droste-Hülshoff-Straße 5, stattfindet.

Die Leitung der Versammlung übernimmt Bürgermeisterin Christine Strobl. Zu Beginn informieren sie und der Bezirksausschussvorsitzende Josef Mögele über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

1. Bedarf an Kinder- und Jugendeinrichtungen im Stadtbezirk
2. Stand der Planungen des Bürgerhauses in Laim
3. Kanalbau in der Landsberger Straße – Sachstand
4. Schulkomplex an der Ammerseestraße/Fürstenrieder Straße – Sachstand

Alle Besucherinnen und Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.

Anträge sind in der Bürgerversammlung persönlich zu stellen und schriftlich einzureichen. Das entsprechende Formular findet sich im Internet unter www.muenchen.de/buergerversammlungen, wird aber auch zu Beginn der Bürgerversammlung ausgegeben.

Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle West der Bezirksausschüsse 20, 21, 22, 23 und 25, Landsberger Straße 486, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.

Gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Bürgerversammlung ihres Stadtbezirks teilnehmen, werden auf Antrag die Kosten für einen Gebärdens-Dolmetscherdienst erstattet. Nähere Auskünfte erteilen der Gehörlosenverband München und Umland, Regionalcenter, www.gmu.de, regionalcenter@gmu.de, Telefon 99 26 98-22, Fax 99 26 98-21, oder das Direktorium der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331 München, buergerversammlung.dir@muenchen.de, Fax 2 33-2 52 41.

Der Versammlungsort ist rollstuhlgerecht.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Kreisverwaltungsreferat – Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt – Energieberatung des Bauzentrums, Münchner Verkehrsgesellschaft, Seniorenbeirat, Polizeiinspektion, AKIM

(Allgemeines Konfliktmanagement in München) und der Bezirksausschussvorsitzende Josef Mögele.

Vortrag über Energiekonzepte für Ein- und Mehrfamilienhäuser

(7.11.2017) Beim Hausbau führt kein Weg an einem Energiekonzept vorbei. Was bei diesem zu berücksichtigen ist, erläutert der Diplom-Ingenieur Rudi Seibt am Mittwoch, 8. November, 18.30 Uhr, in der Münchner Volkshochschule West, Bäckerstraße 14. Behandelt werden die Bauphysik als Grundlage gesunden und komfortablen Wohnens, die Energieverluste einerseits und die möglichen solaren Gewinne andererseits, die Art des Heizungssystems und der Lüftung sowie deren Regelung. Nach dem Vortrag besteht die Möglichkeit zu einer individuellen Kurzberatung nach vorheriger Anmeldung bei der MVHS. Die Anmeldung ist zu den normalen Bedingungen der MVHS unter www.mvhs.de, persönlich, telefonisch oder schriftlich möglich. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Lichtinstallation von Benjamin Bergmann in der Artothek

(7.11.2017) Der Künstler Benjamin Bergmann ist für große raumgreifende Installationen bekannt. In München realisierte er unter anderem im Rahmen der Kunst im öffentlichen Raum die Gestaltung der Tunnelöffnung an der Ludwigsbrücke oder die Installation „Never ever“, eine Basketballkorbwand an der Fassade des ehemaligen Leibniz-Rechenzentrums. Unter dem Titel „68“ hat er nun eine mehrteilige Lichtinstallation eigens für die städtischen Kunsträume der Artothek im Rosental 16 sowie den Außenbereich der angrenzenden Arkaden des Münchner Stadtmuseums entwickelt. In den Mittelpunkt seiner Installation rückt Bergmann als Auseinandersetzung mit der 68er-Bewegung einen Song des US-amerikanischen, schwarzen Musikers Gil Scott-Heron mit dem Titel „The Revolution Will Not Be Televised“. Darin kritisierte Gil Scott-Heron die passive und konsumorientierte Gesellschaft. Bergmann setzt den Song in Morsezeichen verschlüsselt in Licht um und sendet durch die stete Reflexion an die Wandfläche eine wiederkehrende Botschaft. Die Ereignisse von 1968 sind 50 Jahre später noch immer im kollektiven Gedächtnis verankert: Während in Europa die linksgerichtete Studenten- und Bürgerrechtsbewegung ihren Höhepunkt fand, mündete in den USA der Protest gegen den Vietnamkrieg und die Aufstände der unterdrückten, schwarzen Bevölkerung gleichsam in Demonstrationen auf den Straßen. Die Ermordung von Martin Luther King, Rudi Dutschke und Robert F. Kennedy, das Massaker an vietnamesischen Zivilisten in My Lai, der Prager Frühling und vieles mehr stehen für die politischen und sozialen Ereignisse, die das Jahr 1968 prägten. Der kritische Inhalt von „The Revolution Will Not Be Televised“ hat heute im Zeitalter der globalen Digitalisierung und der Sozialen Medien wieder an



Bedeutung gewonnen. Insofern ist Benjamin Bergmanns Inszenierung eine Reminiszenz an das Jahr 1968, eine immaterielle Rückschau, die nicht auf historische Einzelbilder setzt, sondern Geschichte in Form von Licht und Emotionalität zu manifestieren sucht.

Die Installation wird am Freitag, 10. November, 19 Uhr, in der Artothek eröffnet und ist bis Samstag, 6. Januar, im Innenbereich der Artothek zu den Öffnungszeiten, Mittwoch und Freitag 14 bis 18 Uhr, Donnerstag 14 bis 19.30 Uhr, Samstag 9 bis 13 Uhr, sowie im Außenbereich 24 Stunden täglich zu sehen. Der Eintritt ist frei. Informationen zur Artothek und zum Rahmenprogramm unter www.muenchen.de/artothek.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 7. November 2017

Mehr Sicherheit im Radverkehr III – Ausgewiesene Radrouten im Westpark

Antrag Stadträtinnen Kristina Frank und Sabine Pfeiler (CSU-Fraktion) vom 2.6.2017

Abschiebehindernis Gefälligkeitsgutachten – auch in München?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 10.4.2017

Nachgefragt: SOWON – „Flüchtlinge“ – „ausländische Haushalte“

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 21.6.2017

Nachgefragt: Münchner Moscheen mit Sicherheitsproblemen?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 26.6.2017



Mehr Sicherheit im Radverkehr III – Ausgewiesene Radrouten im Westpark

Antrag Stadträtinnen Kristina Frank und Sabine Pfeiler (CSU-Fraktion) vom 2.6.2017

Antwort Baureferat:

Sie haben am 2.6.2017 Folgendes beantragt: *„Die Stadtverwaltung wird gebeten, das Wegesystem im Westpark neu zu evaluieren und so Radrouten eigens zu kennzeichnen und von Spazierwegen abzugrenzen.“*

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit i. S. von Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO und § 22 GeschO, deren Erledigung dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 2.6.2017 teilt das Baureferat aber Folgendes mit:

Gemäß der Präambel der Grünanlagensatzung der Landeshauptstadt München kommt den öffentlichen Grünanlagen „in einer hochverdichteten Großstadt neben ihren ökologischen und klimatischen Funktionen eine vorrangige Erholungs- und Freizeitfunktion für unterschiedliche Nutzergruppen zu; damit ist ein außerordentlich hoher Nutzungsdruck verbunden.“ Durch den hohen Nutzungsdruck sowie die positive Entwicklung des Fahrrads als Alltagsverkehrsmittel entstehen zunehmend häufiger Konflikte zwischen erholungssuchenden Fußgängern und Radfahrern.

Um die Konfliktsituationen zwischen dem Fuß- und Radverkehr nicht noch zusätzlich zu verstärken, wurde im Westpark auf eine Ausweisung von beschilderten Radrouten explizit verzichtet. Die im Westpark für den Radverkehr zur Nutzung freigegebenen Wege sind jeweils als „Gemeinsamer Fuß- und Radweg“ oder als Fußweg mit Zusatzschild „Radfahren erlaubt“ beschildert. Das Baureferat führt in diesem Jahr die Erneuerung und Verbesserung der Beschilderung durch.

Die Evaluierung des Wegesystems im Westpark erfolgt regelmäßig in enger Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 7 Sendling – Westpark. So fand im März 2016 aufgrund mehrerer Anträge des Bezirksausschusses ein „Runder Tisch Radfahren“ statt. Beteiligt waren der Unterausschuss Verkehr sowie der Unterausschuss Parks und Grünanlagen, Vertreterinnen

und Vertreter des Referates für Stadtplanung und Bauordnung sowie des Baureferates. Im Ergebnis haben sich die Unterausschüsse dafür ausgesprochen, zusätzlich eine durchgängige Radfahrverbindung nördlich des Westparks auszuschildern. Es sind Maßnahmen empfohlen worden, wie ein Aufruf in der Stadtviertelpresse zu gegenseitiger Rücksichtnahme von Fußgängern und Radfahrern, die Durchführung eines Aktionstages mit Infoständen während eines Wochenendes, gemeinsam mit dem ADFC, sowie die temporäre Anbringung eines Banners über einem von Radfahrern viel frequentierten Weg.

Bereits in seiner Sitzung am 27.6.2017 hat sich der Bezirksausschuss 7 mit den Themen des vorliegenden Antrages befasst und sich ausdrücklich gegen die Abgrenzung von Fußwegen zu Radwegen ausgesprochen. Das Baureferat schließt sich dem an und gibt zu bedenken, dass öffentliche Grünanlagen als Erholungsflächen grundsätzlich nicht zur Unterbringung von unterschiedlichen Verkehren angelegt sind.

Insbesondere auch innerhalb des Westparks bestehen zahlreiche sich kreuzende Wegeverbindungen. Bei der Aufteilung gemeinsamer Rad- und Fußwege in eine Spur für Radfahrer und eine Spur für Fußgänger besteht die Gefahr, dass es zu ausgeprägtem Revierverhalten, noch höheren Fahrgeschwindigkeiten und gesteigerter Rücksichtslosigkeit kommt. Die Erfahrung aus dem Olympiapark, in dem ein separater Radweg ausgewiesen ist, bestätigt dies. Zudem wäre eine Zerschneidung der Flächen des Westparks und damit ein großer Qualitätsverlust für die Besucherinnen und Besucher die Folge. Die Nutzung des gemeinsamen Rad- und Fußweges sowie der vielen sich kreuzenden Wegeverbindungen kann nur unter gegenseitiger Beachtung, Rücksichtnahme und Verständigung funktionieren.

Am 11.7.2017 führte der Bezirksausschuss 7 zusammen mit dem ADFC einen Aktionstag mit mehreren Infoständen durch. Die Hinweise der Parkbesucherinnen und -besucher aus den zahlreichen Gesprächen an den Infoständen werden, nach Angaben des Bezirksausschusses 7, noch ausgewertet und ggf. werden weitere Maßnahmen abgeleitet.

Wir bitten, von den Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Abschiebehindernis Gefälligkeitsgutachten – auch in München?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 10.4.2017

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Thomas Böhle:

Für die gewährte Fristverlängerung bedanke ich mich.

In Ihrer Anfrage vom 10.4.2017 führen Sie Folgendes aus:

„Wie im Vorjahr der Bundesinnenminister, so kritisierte jetzt auch der bayerische Innenminister – der ‚Welt am Sonntag‘, Ausgabe vom 9.4.2017, zufolge – Ärzte, die Asylbewerbern mit Gefälligkeitsgutachten Reiseunfähigkeit bescheinigen und so Abschiebungen verhindern. Medien zitieren den Innenminister mit den Worten: ‚Es werden zum Teil auffallend unqualifizierte medizinische Aspekte angeführt, um die Abschiebung zu verhindern oder zumindest aufschieben zu können.‘ (hier zit. nach: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/20-prozent-der-atteste-falsch-aerzte-indeutschland-stellen-gefaelligkeits-gutachten-zur-verhinderung-von-abschiebungen-ausa2091723.html>; zul. aufgerufen: 10.4.2017, 1.50 Uhr; KR). Laut Sven-Georg Adenauer (CDU), Landrat im Kreis Gütersloh, sind bis zu 20 Prozent der Atteste falsch, mit denen abgelehnten Asylbewerbern eine Reiseunfähigkeit bescheinigt wird. Wegen solcher Gefälligkeitsgutachten sind derzeit bei mehreren Staatsanwaltschaften Ermittlungsverfahren gegen Ärzte anhängig, die verdächtigt werden, Patienten mangelhaft oder überhaupt nicht untersucht zu haben. – Es ergeben sich Fragen.“

Zu Ihrer Anfrage vom 10.4.2017 nimmt das Kreisverwaltungsreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:

Welche Angaben kann die LHM darüber machen, inwieweit die für den Landkreis Gütersloh genannte Zahl von bis zu 20 Prozent falscher Atteste über eine Reiseunfähigkeit auch für die LHM zutrifft?

Antwort:

Die genannte Zahl von 20 Prozent falscher Atteste kann seitens der Ausländerbehörde München nicht bestätigt werden. Die vorgelegten Atteste entsprechen in der Regel den in § 60a Abs. 2c und 2d AufenthG genannten Anforderungen. In Zweifelsfällen veranlasst die Ausländerbehörde eine ärztliche Begutachtung. Diese erfolgt bei somatischen Fragestellungen grundsätzlich durch die Ärztinnen und Ärzte des Referats für Gesundheit



und Umwelt. Bei Geltendmachung einer Reiseunfähigkeit wegen einer psychischen Erkrankung (z.B. PTBS, Angsterkrankung, depressive Störung, Suizidgefährdung) stehen zudem psychiatrische oder psychologische Fachgutachterinnen und Fachgutachter der Bayerischen Landesärztekammer zur Verfügung.

Frage 2:

Inwieweit ist bekannt, ob auch im Bereich der LHM Ermittlungs- oder Strafverfahren gegen Ärzte anhängig sind, die im Verdacht stehen, Gefälligkeitsgutachten für vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer ausgestellt zu haben?

Antwort:

Es ist nicht bekannt, ob gegen Ärzte im Bereich der Landeshauptstadt München Ermittlungs- oder Strafverfahren wegen des Verdachts von Gefälligkeitsgutachten eingeleitet wurden.

Nachgefragt: SOWON – „Flüchtlinge“ – „ausländische Haushalte“

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 21.6.2017

Antwort Sozialreferentin Dorothee Schiwy:

In Ihrer Anfrage vom 21.6.2014 führen Sie Folgendes aus:

„Seit Ende Oktober 2016 gibt es die neue Online-Wohnungsplattform ‚Soziales Wohnen online‘ (SOWON), die vom Amt für Wohnen und Migration zur Vergabe von geförderten Wohnungen (Sozialwohnungen) genutzt wird. Wohnungssuchende mit einem gültigen Registrierbescheid haben dabei die Möglichkeit, online nach Wohnungsangeboten zu suchen und ihre Bewerbung abzugeben. Das System basiert wie das frühere Vergabeverfahren auf Dringlichkeitsstufen, die bei der Antragsbearbeitung auf der Grundlage eines Punktesystems vergeben werden. In die Bewertung durch das Amt für Wohnen und Migration fließen verschiedene Faktoren ein, auch Asylbewerber mit einem gültigen Aufenthaltsstatus finden bei der Vergabe Berücksichtigung. – Gleichzeitig werden laut dem städtischen ‚Wohnungssituationsbericht‘ (aktuelle Ausgabe: 2014-2015) geförderte Wohnungen in München seit Jahren zu stetig steigenden Anteilen an ‚ausländische Haushalte‘ vergeben. So gingen 2015 51,6% der vergebenen Münchner Sozialwohnungen an ausländische Bewerber (2010: 44,0%), bei den Vormerkungen kamen stattdessen 52,5% ausländische Anwärter zum Zug – bei einem Bevölkerungsanteil von offiziell 27,6% – Hier stellen sich Fragen.“

Zu Ihrer Anfrage vom 21.6.2017 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:

Inwieweit sieht SOWON die Vergabe von Dringlichkeits-Punkten für spezifische Härten vor, denen Asylbewerber ausgesetzt sind?

Antwort:

Die Festlegung von Dringlichkeitspunkten erfolgt nicht bei der Vergabe über SOWON, sondern ist Teil des Registrierungsverfahrens in WIM (Wohnen in München). Innerhalb des Registrierungsverfahrens gilt bei der Festlegung der Dringlichkeit für alle Antragstellerinnen und Antragsteller eine einheitliche Punktetabelle, in der für die Vergabe der Regelpunkte eine Beschreibung und genaue Abgrenzung von Tatbeständen aufgeführt ist. Dadurch wird eine Gleichbehandlung aller Fälle im Hinblick auf Wohnverhältnisse und soziale Gegebenheiten gewährleistet.

Frage 2:

Inwieweit werden ggf. wie viele Dringlichkeits-Punkte für vorgelegte ärztliche Atteste vergeben? Für welche Erkrankungen (z.B. Traumatisierung etc.)?

Antwort:

Dringlichkeitspunkte für vorgelegte ärztliche Atteste werden nur vergeben, wenn sich die Ursache der Erkrankung aus der Wohnsituation ergibt bzw. sich darauf auswirkt. Das bedeutet, dass durch den angestrebten Wohnungswechsel eine Beseitigung oder Linderung der Beschwerden möglich sein muss. Darüber hinaus muss eine dauerhafte Erkrankung vorliegen. Für gesundheitliche Auswirkungen, die ein kritisches oder gar lebensbedrohliches Stadium erreicht haben, werden 88 Regelpunkte erteilt.

Frage 3:

Inwieweit werden im Rahmen von SOWON auch „Flüchtlinge“ /Asylbewerber mit unsicherem Aufenthaltsstatus bei der Vergabe von geförderten Wohnungen berücksichtigt? In welchem Umfang war dies ggf. 2015 und 2016 der Fall?

Antwort:

Bei der Registrierung werden nur anerkannte Flüchtlinge berücksichtigt. Für die Überlassung von gefördertem Mietwohnraum sieht der § 14 II BayWoFG vor, dass nur Wohnungssuchende antragsberechtigt sind, die sich nicht nur vorübergehend im Bundesgebiet aufhalten und rechtlich und tatsächlich in der Lage sind, für ihren Haushalt auf längere Dauer einen Wohnsitz als Mittelpunkt der Lebensbeziehungen zu begründen und dabei einen selbständigen Haushalt zu führen. Diese Voraussetzung ist bei anerkannten Flüchtlingen gegeben.



Nachgefragt: Münchner Moscheen mit Sicherheitsproblemen?

Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 26.6.2017

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Thomas Böhle:

Ihre Anfrage vom 26.6.2017 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

Ihrer Anfrage schicken Sie folgenden Sachverhalt voraus:

„Ausweislich der aktuellen Berichterstattung der Lokalpresse mangelt es Muslimen in München an geeigneten Gebetsstätten. Im Zusammenhang mit der Schließung der sogenannten ‚Kuba-Moschee‘ in der Landwehrstraße wird berichtet, daß es feuerpolizeiliche Probleme gegeben habe. Dies dürfte, weil viele der Münchner ‚Hinterhofmoscheen‘ in alten Gebäuden untergebracht sind, auch andernorts der Fall sein. Unter www.moscheesuche.de/moschee/stadt/Muenchen/6751 sind für die LHM 47 Moscheen eingetragen. – Es stellen sich Fragen.“

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen teilen wir Ihnen Folgendes mit:

Frage:

Inwieweit gelten für den Betrieb von Moscheen besondere Regelungen und Auflagen etwa feuerpolizeilicher Art?

Antwort:

Die Branddirektion des Kreisverwaltungsreferates überprüft gemäß der Feuerbeschauverordnung in regelmäßigen Abständen bauliche Anlagen, hierbei insbesondere Einsatz- und Rettungswege, Brandschutzeinrichtungen und organisatorische Vorkehrungen. Ziel dieser brandschutztechnischen Risikobewertung ist es, einschlägige Gefahren für Leben, Gesundheit, Eigentum oder Besitz zu erkennen und zu verhüten. Hierbei kommen die einschlägigen Rechtsverordnungen über den baulichen Brandschutz nach der Bayerischen Bauordnung wie auch betrieblichen Brandschutz nach der Verordnung zur Verhütung von Bränden zur Anwendung. Besondere Regelungen explizit für Moscheen existieren nicht.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hat zu dieser Frage folgende Stellungnahme abgegeben:

„Moscheen sind Räumlichkeiten, die dem Gottesdienst gewidmet sind. Für Moscheen gibt es grundsätzlich keine speziellen Regelungen und Auflagen.

Wie bei anderen Gebäuden und Nutzungen auch, sind die Vorschriften der Bayerischen Bauordnung einzuhalten. Moscheen fallen ab einer Besucherzahl von über 100 Personen gemäß Art. 2 Abs. 4 Ziffer 6 BayBO unter den Begriff der Sonderbauten, unterliegen jedoch nicht nach § 1 Abs. 3 Nr. 1 der Versammlungsstättenverordnung (VStättV).“

Frage:

In welchem Turnus werden Moscheen bzw. muslimische Gebets- und Versammlungsräume in München auf ihre Betriebssicherheit und die Beachtung geltender Auflagen hin überprüft?

Antwort:

Gemäß Dienstanweisung zur Durchführung der Feuerbeschau werden von der Branddirektion des Kreisverwaltungsreferates Einrichtungen von anerkannten Glaubensgemeinschaften (z.B. Kirchen, Moscheen, Synagogen etc.) alle 6 Jahre einer brandschutztechnischen Risiko-bewertung unterzogen.

Frage:

In wie vielen Fällen kam es – seit 2010 – zu Auflagen bzw. Schließungen wie im Fall der „Kuba-Moschee“ in der Landwehrstraße?

Antwort:

Bei der Feuerbeschau festgestellte betriebliche Brandschutzmängel werden dem Betreiber, baulich relevante Brandschutzmängel werden dem Eigentümer und dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung mitgeteilt.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hat zu dieser Frage folgende Stellungnahme abgegeben:

„Diese Frage kann vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung – Lokalbaukommission nicht mit vertretbarem Aufwand beantwortet werden.“

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 7. November 2017

Fußgängerzone Max-Joseph-Platz – Tiefgarageneinfahrt von der Alfons-Goppel-Straße her prüfen!

Antrag Stadträte Richard Quaas und Professor Dr. Hans Theiss (CSU-Fraktion)

Nach dem Bürgerentscheid: Ausbauziel „100% erneuerbare Energie bis 2025“ beibehalten und sicher finanzieren

Korrektur des Antrags Stadtrat Manuel Pretzl (CSU-Fraktion)

Umsetzung des erfolgreichen Bürgerentscheids „Raus aus der Steinkohle“

Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Gülseren Demirel, Lydia Dietrich, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch, Jutta Koller, Dominik Krause, Sabine Krieger, Hep Monatzeder, Sabine Nallinger, Thomas Niederbühl, Dr. Florian Roth und Oswald Utz (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste)

Öffentlich formulierte Mordabsichten bei Pegida München

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Gülseren Demirel und Dominik Krause (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste)

Bürgervotum umsetzen – Konzept für Münchner Kohleausstieg dem Stadtrat darstellen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider und Tobias Ruff (ÖDP)

Kapazitäten bei Flüchtlingsunterkünften nicht ungenutzt vorhalten Wie ist die Auslastung von Flüchtlingsunterkünften?

Antrag Stadträte Fritz Schmude und Andre Wächter (Liberal-Konservative Reformer)

Flächendeckende Videoüberwachung beim MVG zeitnah einführen

Antrag Stadträte Fritz Schmude und Andre Wächter (Liberal-Konservative Reformer)

Stadtrat Richard Quaas
Stadtrat Prof. Dr. Hans Theiss

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

ANTRAG

07.11.2017

Fussgängerzone Max-Joseph-Platz - Tiefgarageneinfahrt von der Alfons-Goppel-Straße her prüfen!

1. Die Stadtverwaltung prüft im Zuge der Überlegungen für die Einrichtung einer Fußgängerzone auf dem Max-Joseph-Platz eingehend, ob eine Verlegung der Tiefgarageneinfahrt vom Max-Joseph-Platz in die Alfons-Goppel-Straße, bzw. den Marstallplatz mit einer unterirdischen Zufahrt über die Maximilianstraße in die bestehende Operntiefgarage technisch realisierbar und finanziell darstellbar ist.
2. Geprüft wird auch eine Variante, die die Zufahrt in der Alfons-Goppel-Straße vorsieht und die Ausfahrt über die Falkenturmstraße.

Begründung:

Damit der Max-Joseph-Platz endlich verkehrsberuhigt und in eine Fußgängerzone verwandelt werden kann, muss vorrangig die Tiefgarageneinfahrt vom Platz weg verlegt werden. Die technisch einfachste Lösung wären Zu- und Abfahrten in der Maximilianstraße, jeweils seitlich der Tramgleise. Diese Variante stößt aber beim Denkmalschutz auf entschiedene Ablehnung, weil das Ensemble Maximilianstraße dadurch empfindlich gestört werden würde.

Da eine Untertunnelung der Staatsoper für eine Zufahrt kostenmäßig nicht darstellbar ist, käme evtl. eine Variante in Frage, wo die Zu- und Abfahrt ggf. über die Alfons-Goppel-Straße erfolgen und unterirdisch unter der Maximilianstraße in das Garagenbauwerk geführt werden könnte. Da die Alfons-Goppel-Straße aber auch Teil der Radwegverbindung ist und auch für die Entzerrung des Verkehrs in der Maximilianstraße gebraucht wird, wäre eine Variante denkbar, die die Einfahrt in die Tiefgarage in der Goppel-Straße vorsieht und die Ausfahrt über die Falkenturmstraße in das natürliche Gefälle der Straße gelegt werden könnte.

Richard Quaas, Stadtrat

Prof. Dr. Hans Theiss, Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Manuel Pretzl

ANTRAG

06.11.2017

Korrektur des Antrags

Nach dem Bürgerentscheid: Ausbauziel „100 % erneuerbare Energie bis 2025“ beibehalten und sicher finanzieren

Der Stadtrat möge beschließen:

Am Ausbauziel „100 % erneuerbare Energien bis 2025“ der Stadtwerke München (SWM) wird weiterhin festgehalten. Um die Finanzierung des Ausbauziels bei den SWM sicherzustellen und zu finanzieren, müssen sämtliche Vorhaben des **städtischen Klimaschutzes** vor dem Hintergrund des Ausgangs des Bürgerentscheides „Raus aus der Steinkohle“ im Hinblick auf ihre Effizienz priorisiert werden. Dem Stadtrat wird ein entsprechendes Konzept vorgestellt.

Begründung:

Der positive Ausgang des Bürgerentscheids „Raus aus der Steinkohle“ hat für die Stadtwerke große finanzielle Risiken. Da an dem Ausbauziel „Erneuerbare Energien“ festgehalten werden soll, muss dessen Finanzierung sichergestellt sein. Hierfür müssen von der Landeshauptstadt München geeignete Maßnahmen eingeleitet werden.

Manuel Pretzl, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 06.11.2017

**Antrag zur dringlichen Behandlung
für die Sitzung der Vollversammlung am 23.11.2017**

Umsetzung des erfolgreichen Bürgerentscheids „Raus aus der Steinkohle“

Die Stadtwerke München legen dem Stadtrat die verschiedenen Szenarien für den von den Münchnerinnen und Münchner beschlossenen Ausstieg aus der Kohleverbrennung im Heizkraftwerk Nord im Jahr 2022 dar. Im Rahmen dessen sollen für die verschiedenen Szenarien der ökologische Nutzen, die wirtschaftlichen Auswirkungen (entgangene Gewinne, etc.) und eine Bewertung bezüglich der Genehmigungsfähigkeit durch die Bundesnetzagentur ausgeführt werden. Für letzteres ist eine erste Stellungnahme dieser für die verschiedenen Szenarien einzuholen.

Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, dem Stadtrat nach der Darstellung der verschiedenen Szenarien noch in diesem Jahr einen konkreten Beschlussvorschlag vorzulegen, auf Grundlage dessen die Stadtwerke mit der Planung gegebenenfalls neu zu errichtender Anlagen beginnen können. In diesem soll außerdem ein Vorschlag für die Übernahme der entgangenen Gewinne der Stadtwerke München durch die Landeshauptstadt München dargestellt werden.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:

Dominik Krause	Sabine Krieger	Gülseren Demirel	Florian Roth
Katrin Habenschaden	Herbert Danner	Jutta Koller	Oswald Utz
Thomas Niederbühl	Sabine Nallinger	Anna Hanusch	Hep Monatzeder
Paul Bickelbacher	Lydia Dietrich		

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 07.11.2017

Öffentlich formulierte Mordabsichten bei Pegida München

Anfrage

Auf einer Kundgebung vor dem DGB-Haus am 3.11.2017 hat der Münchner Pegida-Ableger ein Bild auf eine Leinwand projiziert mit dem Wortlaut: „Von Wies'n bis DGB Haus ist's nicht weit / Da nimmt sich Paulchen gerne Zeit / Zu Gast heut bei der PEGIDA / erblickt er drüben die Antifa / Und denkt bei sich: 'es müsst die Plagen, / doch jetzt der DGB verjagen. / Irgendetwas läuft hier schief, / Wie gut, dass man das Paulchen rief!' / Von jetzt ab, da ist eines klar: Das Paulchen jagt bald Antifa!“ (sic!)

Damit artikuliert Pegida München öffentlich Mordabsichten. Zum einen wird Bezug auf das von der rechtsradikalen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ verübte Oktoberfestattentat genommen. Zum anderen bezieht sich der Text auf das Bekennervideo des NSU. In diesem bekennt sich die rechtsradikale Terrorzelle zu einer Reihe von Mordtaten und Sprengstoffanschlägen, hinterlegt mit Audio- und Filmsequenzen aus der Serie „Der rosarote Panther“.

Deshalb fragen wir:

1. Welche strafrechtlichen Konsequenzen hat das Zeigen des oben genannten Textes?
2. Welche versammlungsrechtlichen Konsequenzen hat das Zeigen des oben genannten Textes?
3. Gibt es seitens der Polizei und des Verfassungsschutzes eine Neueinordnung von Pegida München?
4. Intensivieren Polizei und Verfassungsschutz die Beobachtung von Pegida München, um diese öffentlich artikulierten Absichten zu verhindern?
5. Prüft das Innenministerium aufgrund der artikulierten Absichten ein Verbot von Pegida München?

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Beantwortung unserer Anfrage.

Initiative:
Dominik Krause
Gülseren Demirel
Mitglieder des Stadtrates



Ökologisch-Demokratische Partei

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 07.11.2017

Antrag

Bürgervotum umsetzen - Konzept für Münchner Kohleausstieg dem Stadtrat darstellen

Dem Stadtrat wird dargestellt, was jetzt zu tun ist, um das Votum des Bürgerentscheids für einen Ausstieg aus der Kohleverbrennung bis 2022 umzusetzen. Dabei sollen die Stadtwerke München (SWM) erläutern, mit welchem technischen Konzept sie den Ausstieg aus der Kohle umsetzen wollen und wie hierzu der zeitliche Fahrplan aussieht.

Begründung

Münchens Bürgerinnen und Bürger stimmten im Bürgerentscheid am 05.11.2017 mit großer Mehrheit für die Stilllegung des Kohleblocks im Heizkraftwerk München Nord bis spätestens zum 31.12.2022.

Für eine zeitgerechte Umsetzung des Votums ist es jetzt entscheidend, zügig Maßnahmen einzuleiten. Notwendig sind Anpassungen bei der Energieerzeugung und Bereitstellung. Dabei sind durchaus unterschiedliche Wege denkbar.

Zunächst ist zu entscheiden, welche technischen Lösungen für eine funktionierende und sichere Energieversorgung Münchens nach dem Jahr 2022 gewählt werden sollen:

- Werden in München geplante Geothermieprojekte vorgezogen?
- Wird in München und ggf. der Region der Ausbau weiterer regenerativer Energien (z.B. Solarthermie und Photovoltaik) intensiviert und beschleunigt?
- Welche Gastechnologien (Heizwerke, Gasturbinen, GuD-Turbinen) sollen in welchem Maße zum Einsatz kommen? Sind Neubauten hierfür notwendig?
- Welche Anpassungen im Fernwärmenetz sind erforderlich?
- Welche Erzeugungskapazitäten an Fernwärme und Strom bestehen mit den gewählten Lösungen im Jahr 2022 in München voraussichtlich?

Tobias Ruff (ÖDP) und Sonja Haider (ÖDP)

ÖDP - Stadtratsgruppe

Rathaus, Marienplatz 8 • Zimmer 174 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 - 92835 • E-Mail: t.ruff@oedp-muenchen.de

MITGLIEDER IM STADTRAT MÜNCHEN

Andre Wächter – Fritz Schmude

LKR im Münchner Stadtrat · Marienplatz 8 · 80331 München

Herrn Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



Antrag

München, den 06.11.2017

Kapazitäten bei Flüchtlingsunterkünften nicht ungenutzt vorhalten Wie ist die Auslastung von Flüchtlingsunterkünften?

Die Unterkunft an der Nailastraße steht längst, allerdings steht sie immer noch leer. Ähnliches berichtete uns ein Bürger per Mail über die Unterkunft „Am Hollerbusch 1“. Zu den Hochzeiten der Flüchtlingskrise wurden dem Stadtrat in so gut wie jeder Sitzung weitere Beschlüsse zum Bau oder zur Anmietung von zusätzlichen Flüchtlingsunterkünften vorgelegt. Jetzt ist es an der Zeit ein Resümee des damaligen Handelns zu ziehen. Daher bitten wir um eine Aufstellung aller von der Stadt selbst oder im Auftrag betriebenen Flüchtlingsunterkünften (jegliche Form) und den dort anfallenden nicht von anderen Stellen erstatteten Kosten. Dabei soll insbesondere die Auslastung, sowie die unterschiedlichen anfallenden Kosten aufgrund mangelnder Auslastung dargestellt werden. Beispielhaft wird in einem Artikel im Fokus die Unterkunft an der Nailastraße betrachtet. http://www.focus.de/regional/muenchen/in-muenchen-neuperlach-stadt-baute-vier-meter-mauer-vor-fluechtlingsheim-doch-es-steht-noch-immer-leer_id_7794181.html Auch die Wotanstraße ist erst kürzlich als Kostentreiber im Stadtrat behandelt worden. Daher ist dem Stadtrat die Gesamtsituation darzustellen und es gilt mögliche Optimierungsmöglichkeiten herauszuarbeiten. Offensichtlich sind auch Sachbeschädigungen an den Objekten nicht auszuschließen, diese sind auch darzustellen und es ist zu begründen, falls keine Anzeige erstattet wurde.

Der Stadtrat möge beschließen:

LKR im Stadtrat München

Marienplatz 8, 80331 München, lkr-rathaus@muenchen.de

Seite 1 von 2

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei absehbarem längeren Leerstand die Objekte umgehend einer alternativen Nutzung z. B. für Studenten oder Personen, die für Wohnen für Alle in Frage kommen, zuzuführen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt dem Stadtrat die Auslastung der Flüchtlingsunterkünfte jährlich darzustellen (bei teilweisem Leerstand nach Monaten aufgeschlüsselt).

LKR-Gruppierung im Münchner Stadtrat
Fritz Schmude
Andre Wächter

MITGLIEDER IM STADTRAT MÜNCHEN

Andre Wächter – Fritz Schmude

LKR im Münchner Stadtrat · Marienplatz 8 · 80331 München



Herrn Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



Flächendeckende Videoüberwachung beim MVG zeitnah einführen

Videoüberwachung ist in der Gesellschaft ein strittiges Thema. Seit langem wird eine grundsätzliche Diskussion darüber geführt, in welchem Ausmaß ein Ausbau zielführend ist und wann die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen wichtiger sind.

Zwischenzeitlich ist es jedoch wohl unstrittig, dass ein flächendeckender Einsatz im Nahverkehr berechtigt ist.

Am 11.08.2017 wurde eine junge Frau in der Münchner U-Bahn sexuell belästigt.

(<http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.in-der-u-bahn-waehrend-sie-schlieft-mann-begrapscht-studentin.bf1ca5b9-64e5-4fd5-9408-b852d0892257.html>)

Aufgrund fehlender Videoüberwachung war die Polizei deshalb auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen.

Wie wichtig die Videoüberwachung im öffentlichen Nahverkehr ist, zeigt ein Beispiel aus dem Februar 2017: An der U-Bahn-Station Kreillerstraße schlugen drei junge Männer einen 40-jährigen Mann bewusstlos und traten dann auf den Kopf des Opfers ein. Die Täter konnten jedoch aufgrund der Videoaufzeichnungen identifiziert werden.

Die Münchner U-Bahnhöfe und ein Großteil der S-Bahnhöfe werden inzwischen videoüberwacht. Während jedoch alle S-Bahnen der Deutschen Bahn mit Videokameras ausgerüstet sind, ist dies bei den Münchner U-Bahnen noch nicht geschehen.

Wir sind der Meinung, dass es fahrlässig wäre, einem möglicherweise aufkommenden Gefühl nicht entgegenzuwirken das im Bereich des MVG Angsträume entstehen könnten. Auch soll in der Stadtgesellschaft nicht der Eindruck entstehen, in Bereichen des MVG seien Freiräume für Übergriffe vorhanden.

Der Stadtrat möge beschließen:

LKR im Stadtrat München

Marienplatz 8, 80331 München, lkr-rathaus@muenchen.de

Seite 1 von 2

1. In Zusammenarbeit mit der MVG werden die Kosten und die Zeitschiene für den Ausbau der Videoüberwachung aller Münchner U-Bahn Züge ermittelt. Die Konzeption erfolgt in Abstimmung mit der Polizei und geht auf deren Belange ein.
2. Dem Stadtrat wird dargestellt, in welcher Form und in welchem Umfang eine Kostenübernahme für diesen Ausbau von der LHM übernommen wird.
3. Dem Stadtrat wird jährlich eine Übersicht aller angezeigten Straftaten in Fahrzeugen, Haltestellen und Bahnhöfen der MVG vorgelegt. In diesem Bericht stehen auch die Aufklärungsquoten und die Entwicklung von Anzahl der Straftaten und Aufklärungsquoten der vergangenen 10 Jahren.

LKR-Gruppierung im Münchner Stadtrat

Fritz Schmude
Andre Wächter

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 7. November 2017

Bus-Linien 53/59/N44:

**Umleitungen wegen Bauarbeiten in Schwabing
am nächsten Wochenende**

Pressemitteilung MVG

**MVG Museum an zwei Sonntagen im November
geöffnet**

Pressemitteilung MVG

StadtBus 100:

**Entfall der Haltestelle Technische Universität we-
gen Bauarbeiten**

Pressemitteilung MVG

**Ausstellung „Altmünchen“ in der Stadtparkasse
München**

Pressemitteilung Stadtparkasse München

MVG Information für die Medien

7.11.2017

Bus 53/59/N44: Umleitungen wegen Bauarbeiten in Schwabing am nächsten Wochenende

Wegen des Abbaus eines Krans an der Einmündung Leopoldstraße/Hohenzollernstraße werden die Buslinien 53, 59 und N44 Richtung Rotkreuzplatz bzw. Ackermannbogen in der Nacht Freitag, 10. November, auf Samstag, 11. November, von ca. 21 Uhr bis ca. 8 Uhr zwischen Münchner Freiheit und Kurfürstenplatz umgeleitet. Die Haltestellen Hohenzollernstraße und Friedrichstraße können nicht bedient werden.

Die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) informiert ihre Fahrgäste unter anderem mit Aushängen über die Umleitung. Weitere Informationen gibt es unter www.mvg.de/betriebsaenderungen und an der MVG-Hotline unter der kostenfreien Rufnummer 0800 344226600 (montags bis freitags von 8 bis 20 Uhr).

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion

Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: korte.matthias@swm.de
www.mvg.de

MVG Information für die Medien

7.11.2017

MVG Museum an zwei Sonntagen im November geöffnet

Das MVG Museum hat wieder geöffnet: Die Ausstellung rund um die Entwicklung des Münchner Nahverkehrs kann am Sonntag, 12. November, und am Sonntag, 26. November, jeweils von 11 bis 17 Uhr besichtigt werden. Hier einige der Highlights im Museum:

- In der großen Halle sind auf zwei Gleisen **historische Trambahnen** ausgestellt, daneben **Busse, Arbeitsfahrzeuge** und **Modelle**.
- In einer nachgebauten **Untersuchungsgrube** hat man die seltene Gelegenheit, eine **Tram von unten** zu betrachten.
- Ein **U-Bahn-Fahrsimulator** bietet die Möglichkeit, in die Rolle eines U-Bahnfahrers zu schlüpfen.
- Eine **Quizstation**, die in ein Schaltpult der ehemaligen Verkehrsbetriebe-Leitstelle eingebaut wurde, lädt zum Mitmachen ein.
- Am **interaktiven Netzplan** können sich Besucher mittels Leuchtdioden das Tram- und U-Bahnnetz vergangener Zeiten anzeigen lassen.
- Es werden laufend **Führungen** angeboten, auch für Kinder.

Eintrittspreise: Erwachsene zahlen 3 Euro, Kinder und Jugendliche (6 bis 14 Jahre) bzw. Schüler und Studenten 2,50 Euro. Familienkarte: 6 Euro

Anfahrt: Das MVG Museum befindet sich in der Ständlerstraße 20. Es ist mit der Tram 17 bzw. 39, Endhaltestelle Schwannseestraße, mit den Stadt-Bus-Linien 139 und 145, Haltestelle Ständlerstraße, sowie per Shuttlebus ab Giesing Bf. (ab 10.55 Uhr alle halbe Stunde) zu erreichen.

Weitere Informationen unter: www.mvg.de/museum

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion

Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: korte.matthias@swm.de
www.mvg.de

MVG Information für die Medien

7.11.2017

StadtBus 100: Entfall der Haltestelle Technische Universität wegen Bauarbeiten

Wegen Bauarbeiten kann die StadtBus-Linie 100 (MVG Museenlinie) die Haltestelle Technische Universität von Montag, 13. November, bis einschließlich Freitag, 17. November, in Fahrtrichtung Ostbahnhof nicht bedienen. Fahrgäste werden gebeten, ersatzweise die Haltestelle Königsplatz oder Pinakotheken (Fußweg jeweils ca. 350 Meter) zu nutzen.

Die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) informiert ihre Fahrgäste unter anderem mit Aushängen über die Umleitung. Weitere Informationen gibt es unter www.mvg.de/betriebsaenderungen und an der MVG-Hotline unter der kostenfreien Rufnummer 0800 344226600 (montags bis freitags von 8 bis 20 Uhr).

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion

Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: korte.matthias@swm.de
www.mvg.de

Ausstellung „Altmünchen“ in der Stadtsparkasse München

40 ausgewählte München-Darstellungen des Malers Joseph Puschkin (1827-1905) sind bis 6. Dezember in der Kundenhalle der Stadtsparkasse im Tal zu sehen

München (sskm). Die Stadtsparkasse München zeigt in der Kundenhalle der Hauptstelle im Tal vom 7. November bis 6. Dezember 2017 ausgewählte Reproduktionen von Aquarellen des Münchner Künstlers Joseph Puschkin, die unter anderem das Umfeld der Stadtsparkasse München zur Entstehungszeit im 19. Jahrhundert abbilden.

Joseph Puschkin (1827-1905) fertigte im Auftrag des Weinwirts und Stadtrats Edmund Neuner eine einmalige, 335 Blätter umfassende Serie von Architektur-Aquarellen. In diesen stimmungsvollen Bildern ist das alte München festgehalten, das München des Biedermeiers, das im ausgehenden 19. Jahrhundert in einem rasanten baulichen Veränderungsprozess verschwand.

Neuner vermachte die von Puschkin gemalte Bildersammlung kurz vor seinem Tod der Stadt München. Sie befindet sich im Münchner Stadtmuseum und wird erstmals in einer soeben erschienenen Publikation „Altmünchen“ von Dr. Richard Bauer vorgestellt, dem ehemaligen Leiter des Münchner Stadtarchivs. Vierzig ausgewählte Reproduktionen von Aquarellen aus diesem Buch sind in der Kundenhalle während der Öffnungszeiten der Stadtsparkasse zu sehen (Mo. bis Freitag von 8:45 – 16 Uhr, Do. bis 18 Uhr).

„Das München des 19. Jahrhunderts ist zum größten Teil verschwunden – die Bilder Puschkins sind deshalb eine Zeitreise in die Vergangenheit unserer Stadt. Wir freuen uns sehr, dass wir diese Ansichten – auf denen unter anderem auch der Vorgängerbau der heutigen Hauptstelle der Stadtsparkasse um 1880 zu sehen ist – den Münchnerinnen und Münchnern zeigen können,“ sagt Ralf Fleischer, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse München.

Text und Grafik sind im Internet abrufbar unter folgender Adresse:
www.sskm.de/presse

Über die Stadtsparkasse München

Fast jeder zweite Münchner vertraut in Geldfragen auf die Stadtsparkasse München. Der Marktführer unter den Münchner Banken im Privatkundenbereich, bezogen auf Hauptbankverbindungen, bietet derzeit an 75 Standorten Filialen und BeratungsCenter, zusätzlich 45 SB Servicestellen sowie mit 5 Immobilien-Centern das dichteste Filialnetz aller Kreditinstitute im Stadtgebiet. Mit ihren Partnern aus der Sparkassen-Finanzgruppe, dem größten Finanzverbund Deutschlands, stellt sie das gesamte Spektrum von Finanzdienstleistungen, Anlagemöglichkeiten und Finanzierungsformen bereit.

Mit einer durchschnittlichen Bilanzsumme von 16,9 Milliarden Euro ist die Stadtsparkasse München die größte bayerische und fünftgrößte deutsche Sparkasse. Das 1824 gegründete Kreditinstitut beschäftigt rund 2.300 Sparkassen-Mitarbeiter und 265 Auszubildende (Stand 31.12.2016). Wie jede Sparkasse mit ihrem öffentlich-rechtlichen Auftrag zur Förderung der Region engagiert sich die Stadtsparkasse München in besonderem Maß im gesellschaftlichen und kulturellen Bereich für den Standort München.